

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

6.3.1931 (No. 55)

Expedition:
Karlsriedich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 268
und 264
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 2515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. M e n d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. Zustellgebühr... Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Elebentel Breite.

Aufwertungs-
Grundbuchvereinigung

(Gef. v. 18. Juli 1930 RGV. I S. 305.)
Von Justizrat Bauer, Notar in Singen-Hohentwiel.

Wird nicht bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem
Grundbuchamt, welches das Grundbuch des belasteten Grund-
stücks führt, der Antrag gestellt auf:

- 1. Eintragung des Aufwertungsbeitrags von „Markt“-Hypotheken.
2. Wiedereintragung gelöschter, aber nach dem Aufwertungs-
gesetz wieder eintragungsfähiger „Markt“-Hypotheken.
3. Eintragung des Aufwertungsbeitrags von abgetretenen
„Markt“-Hypotheken für den früheren Gläubiger.
4. Eintragung einer Gold- und Reichsmarkhypothek an der
Hauptverpflichtung des § 7 AufwG., dann erlöschen diese
„Markt“-Hypotheken und Hauptverpflichtung.

1. Nur der an das Grundbuchamt gerichtete Antrag kann die-
ses Erlöschen verhindern; die Anmeldung des Aufwertungsan-
spruchs bei der Aufwertungsstelle - Amtsgericht - genügt so
wenig, wie eine Erhebung der Klage wegen dieses Anspruchs.
2. Der Antrag bedarf keiner Form; nur zur Eintragung der
Goldmark- oder Reichsmarkhypothek nach § 14 oben bedarf es
außerdem der Eintragungsbewilligung des Grundstückseigen-
tümers in öffentlich beurkundeter oder beglaubigter Form.

3. Antragsberechtigt ist der Gläubiger, der Grundstückeigen-
tümer, der Pfändungsgläubiger, der Nießbrauchsberechtigte,
überhaupt jeder, der ein rechtliches Interesse an der Eintragung
hat, z. B. der gleich- oder nachfolgende Hypothekengläubiger, der
persönliche Schuldner usw.
4. Die Wirksamkeit des Antrags wird nicht dadurch beeinträch-
tigt, daß er den Aufwertungsbeitrag nicht oder nicht richtig
angibt. Der Vorlegung des Hypothekenbriefs bedarf es nicht.

Geht also vor Ablauf des 31. März 1931 bei dem Grund-
buchamt Singen-Hohentwiel der Antrag ein:
„Wir beantragen die Eintragung der Aufwertung der un-
serer Hypothek vorgehenden Briefhypothek im Grundbuch
Singen-Hohentwiel Band I Heft 1 Abt. III Nr. 1.
Maggi G. m. b. H., Singen-Hohentwiel,“
so ist dieser Antrag ordnungsgemäß gestellt.

Das Grundbuchamt vollzieht die Grundbucheintragung, wenn
die durch das Aufwertungsgesetz vorgeschriebenen Voraussetzun-
gen derselben gegeben sind.
Das Grundbuchamt wird daher den Antragsteller unter Um-
ständen veranlassen, den Nachweis
1. des Zeitpunkts des Erwerbs des Anspruchs,
2. des Erwerbspreises,
3. der Leistung auf Grund Vorbehalts oder kraft Rückwir-
kung, § 14, 15 AufwG.,
4. der Anmeldung bei der Aufwertungsstelle - Amtsgericht
- § 16 AufwG.,
5. des Ablaufs der Einspruchsfrist oder einer rechtskräftigen
Entscheidung § 16 AufwG.
zu erbringen.

Das Grundbuchamt hat nicht nachzuprüfen, ob die „Markt“-
Hypothek etwa aus anderen Gründen als wegen Verfallung der
Antragsfrist erloschen ist oder nicht.
Ist der Antrag nicht vor Ablauf des 31. März 1931 gestellt,
oder zwar gestellt, aber in der Form des § 32 GrundbÜbG.
wieder zurückgenommen, oder durch das Grundbuchamt rechts-
kräftig zurückgewiesen, dann wird die im Grundbuch als
„Markt“-Hypothek eingetragene Hypothek von Amts wegen ge-
löscht:
1. auch wenn die Aufwertung der ursprünglich aufgewerteten
Hypothek ausgeschlossen ist z. B. wegen Verfallung der An-
meldefrist in den Fällen der §§ 14, 15, 17, 78 AufwG.,
2. auch wenn die Hypothek nie aufgewertete Hypothek, aber
durch Bezahung unter der Herrschaft des Reichsgrundbuchsrechts
vor dem 15. Juni 1922 Eigentümergrundschuld geworden war,
3. auch wenn die Hypothek nie aufgewertete Hypothek oder
Eigentümergrundschuld geworden war, da die Hypothekenschuld
z. B. vor Inkrafttreten des neuen Grundbuchsrechts bezahlt und
das Gläubigerrecht für den Hypothekengläubiger erloschen, für
den Grundstückseigentümer aber - so, wie in Baden - gar
nicht entstanden war. Vgl. Siefert § 22 GrundbÜbG.

(Im Jahr 1924 sind in den badischen Grundbüchern 68 537
derartige Einträge für einen Gesamtbetrag von 86 243 635
Reichsmark festgestellt worden, woran sich inzwischen nicht
viel geändert hat.)

Der Organisationsausschuß des Europa-Komitees, der von
dem Studienkomitee für die Europäische Union eingeleitet
wurde, und die Fragen der Organisation der Arbeitsmethoden
und der Verfassung zu prüfen hat, tritt am 24. März in
Paris zusammen. In diesem Ausschuß sind zwölf Staaten,
darunter auch Deutschland, vertreten. Die Bedeutung der Ar-
beiten dieses Komitees, die teilweise politischen Charakter tra-
gen, geht daraus hervor, daß an der Tagung in Paris meh-
rere aktive Außenminister, darunter Henderson (Großbritan-
nien), Munch (Dänemark) und Procope (Finnland) teil-
nahmen.

Keine Arbeitsaufnahme in Frankreich ohne Arbeitsgeneh-
migung. Das Arbeitsamt Straßburg weist wiederholt darauf hin,
daß es streng verboten ist, Ausländer und auch deutsche Grenz-
gänger ohne eine Arbeitsgenehmigung eines französischen Ar-
beitsamts einzustellen.

Letzte Nachrichten

Vor der heutigen Reichstags-Sitzung

Neue Strafverfolgungen von Abgeordneten
B.D.Z. Berlin, 6. März. (Tel.) Im Reichstag wird heute
nachmittags die Aussprache zum Haushalt des Innenministe-
riums abgeschlossen. Es sind nur noch wenige Redner ge-
meldet. Nach Erledigung der Abstimmungen stehen dann er-
neut zahlreiche Anträge auf Genehmigung zur Strafverfol-
gung von Abgeordneten zur Entscheidung.

In etwa 30 Fällen, die meistens kommunistische und nation-
alsozialistische Abgeordnete betreffen, sollen Verfahren wegen
Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz und anderer Delikte
durchgeführt werden. Gegen drei kommunistische Abgeordne-
ten sollen Hochverratsverfahren durchgeführt und Vorführungs-
befehle genehmigt werden. Gegen die nationalsozialistischen
Abgeordneten Dr. Goebbels, Feder, Brücker und Schmeer
werden ebenfalls Vorführungs- bzw. Haftbefehle beantragt.
Endlich wird erstmalig in einigen Fällen die Genehmigung
zur Vollstreckung rechtskräftig ausgesprochener Freiheitsstrafen
nachgefragt, und zwar gegen die kommunistische Abgeordnete
Frau Baum und den nationalsozialistischen Abgeordneten
Winnkmeier. Bei letzterem handelt es sich um zwei Strafen
in Höhe von zusammen drei Monaten und drei Wochen Ge-
fangnis.

Um 11 Uhr ist der Altpräsident des Reichstags zu einer Sit-
zung zusammengetreten, um den weiteren Arbeitsplan des
Reichstags festzulegen. Die erste Hälfte der nächsten Woche
soll plenarisierte frei bleiben.

Londoner Grafschaftswahlen

B.B.Z. London, 6. März. (Tel.) Gestern fanden Wahlen
zum Rat der Grafschaft London statt. Nach den bis 1 Uhr
früh bekanntgewordenen Ergebnissen erhielten die Konservativen
74, die Arbeiterpartei 26 und die Liberalen 4 Sitze. Die
Mehrheit der Konservativen im Grafschaftsrat bleibt also wei-
ter bestehen.

Wieder Umschlag in Peru

B.B.Z. New York, 6. März. (Tel.) Nach einer Associated-
Press-Meldung aus Lima ist die vorläufige Militärjunta, die
am Sonntag nach dem Rücktritt des vorläufigen Staatspräsi-
dentes Sanchez Cerro die Regierung angetreten hatte, gestern
abend gestürzt worden.
Eine Verständigung zwischen den provisorischen Juntalen
in Lima und Arequipa durch gegenrevolutionäres Eingreifen
der Armee unter Führung von Oberst Jimenez, die Cerro
wieder in sein Amt einsetzen wollte, ist verhindert worden.

Der Abschluss der Wiener Reise

Rückkehr des Außenministers nach Berlin
Der deutsche Außenminister Dr. Curtius und Staatssekre-
tär Dr. Vönder sind heute nacht von Wien nach Berlin zu-
rückgereist und trafen heute, Freitag vormittags, 9 Uhr, dort
wieder ein. Es fanden am Donnerstag in Wien noch ver-
schiedene Besuche und auch ein Frühstück beim deutschen Ge-
sandten statt.

Vor seiner Abreise übergab der Reichsaussenminister einem
Vertreter der Amtlichen Nachrichtenstelle eine Erklärung, in
der er den herzlichsten Dank für den Empfang aussprach.
Dieses Erleben werde ihm unvergänglich bleiben. „Wenn wir
jetzt wieder nach Hause fahren, tun wir dies trotz Überschrei-
tens der Grenze nicht in dem Gefühl, aus fremdem Lande
heimzukehren. Ich kann nichts anders als das Wort Herrn
Dr. Schöbers wiederholen: „Ja wir sind ein Volk in zwei
Staaten.“ Wir sind ein Volk, das zusammengehört. Ich
möchte Sie bitten, mit meinem persönlichen wärmsten Dank
für die Aufnahme der Vertretung der Reichsregierung hier
auch den des Reichskanzlers Dr. Brüning wie des ganzen
deutschen Volkes im Reich an die Brüder in Österreich wei-
terzugeben und ihnen unser aller herzlichste GrüÙe zu über-
mitteln.“

Gehaltskürzungen der Stadt Berlin

2 Millionen Reichsmark monatlich
Die katastrophalen Finanzverhältnisse der Stadt Berlin ha-
ben den Oberpräsidenten beantragt, in eine umfassende Nach-
prüfung der Gehälter der Beamten und Angestellten einzutre-
ten, als deren Ergebnis jetzt von der Aufsichtsbehörde eine
empfindliche Herabsetzung der Gehälter bei über 40 000 Be-
amten und Angestellten in monatlicher Höhe von über 2 Mil-
lionen Reichsmark gefordert wird. Und zwar sollen die Be-
amten der Stadt zu hoch eingruppiert sein und jetzt auf die
Gehaltsstufe der Staatsbeamten zurückgeführt werden. Da-
durch werden einzelne Beamten- und Angestelltengruppen
monatlich über 100 RM. in ihren Bezügen gekürzt werden.
Die Stadtverordnetenversammlung nahm jedoch am Don-
nerstag einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, der
sich gegen diese Pläne wendet. Der Magistrat soll etwaigen
Beschlüssen, die wahlwerbenden Rechte der Beamten zu be-
schneiden, Widerstand entgegensetzen.

Schwankendes Befinden Poincarés. Nach dem „Deutse“
soll sich der Gesundheitszustand Poincarés in den letzten Ta-
gen wieder verschlechtert haben, so daß man in seiner Umge-
bung wieder Besorgnis hegte. Gestern, am Donnerstag, soll
aber wieder eine merklliche Besserung eingetreten sein.

Wirtschaftliche Umschau

Die neue Internationale Bodenkreditbank - Die Fern-
gasversorgung - Das deutsche Auto

Die neue Internationale Bodenkreditbank in Basel ist
eine Parallelgründung zu dem vor einiger Zeit in
Amsterdam ins Leben gerufenen ähnlichen Institut, und
voraussichtlich werden auch die beiden Banken zusammen-
arbeiten. An der Gründung sind wohl deutsche (mit etwa
30 Proz.) wie ausländische Banken beteiligt, in erster
Linie natürlich schweizerische, aber auch französische, ameri-
kanische und schwedische. Im Verwaltungsrat sitzt auch
ein Vertreter der Rheinischen Hypothekbank in Mann-
heim, wenn diese, unsere badische Hypothekbank, auch
nicht unter den Gründerfirmen aufgeführt ist. Damit
ist außer der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypotheken-
banken auch die Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypo-
thekbanken vertreten, der die Bayerische Hypotheken-
und Wechselbank (München), die Pfälzische Hypotheken-
bank (Ludwigshafen), die Rheinische Hypothekbank
(Mannheim), die Süddeutsche Bodenkreditbank (Mün-
chen) und die Württembergische Hypothekbank (Stutt-
gart) angehören. Die Wahl Basel als Sitz des In-
stituts deutet darauf hin, daß man auch an eine irgendwie
geartete Mitwirkung der B.Z., wenn auch keine Betei-
ligung, denkt.

Die Bank will im Ausland Schuldverschreibungen aus-
geben, die durch deutsche, hochverzinsliche Schuldverschrei-
bungen der beteiligten deutschen Realkreditinstitute ge-
deckt werden. Auf diese Weise will man sowohl einen
gewissen Druck auf den deutschen Kapitalzins ausüben,
wie auch neues Auslandskapital für Deutschland mobilis-
zieren. Damit steht nicht in Widerspruch, wenn von sei-
ten der deutschen Gemeinschaftsgruppe der Hypotheken-
banken mitgeteilt wird, daß die Bank eine Vermehrung
der jetzigen Auslandsverschuldung Deutschlands nicht her-
beiführen soll. Das neue Auslandskapital soll nämlich
dazu dienen, die den Geldmarkt und die Währung immer
wieder störende außerordentlich hohe kurzfristige Aus-
landsverschuldung Deutschlands in eine solche langfristiger
Art umzuwandeln, wobei der Realkredit für Gläubiger
wie Schuldner den einfachsten und sichersten Weg dar-
stellt. Der Ausländer erhält eine sichere Anlage, für
das Inland werden die Gefahren der Überfremdung ver-
mindert, für die Reichsbank die Erhaltung der Stabilität
der Reichsmark erleichtert. Die Internationale Boden-
kreditbank will zunächst eine kleine Emission von 20 Mil-
Schweizer Franken zu 6 Proz. ausgeben, später eventuell
5 1/2prozentige Emissionen, während die Younganleihe
bekanntlich mit 5 Proz. zu verzinzen ist. Der Erlös der
ersten Emission soll ausschließlich Deutschland zugute kom-
men. Man will aber den Geschäftsbereich zunächst nur
vorsichtig ausdehnen, um zunächst Erfahrungen mit der
Aufnahme der Emissionen auf den Kapitalmärkten zu
sammeln.

Über die Ferngasversorgung Süddeutschlands hat
man seit längerem nichts mehr gehört, und auch der
grundrührliche Kampf Gruppengas und Ferngas
ist dadurch so ziemlich zum Stillstand gekommen, daß
man dem Ferngas im wesentlichen die Spitzenversorgung
zubilligen will. Was aus den Plänen der Süwega, der
Süddeutschen Gasgesellschaft, an der ja auch die grö-
ßeren nordbadischen Städte beteiligt sind, werden wird,
steht noch ganz dahin, nachdem Frankfurt als Hauptvertre-
ter dieser Zusammenfassung auf die bekannnten wirtschaft-
lichen Schwierigkeiten gestoßen ist. Gelingt es der im Be-
sitz des Landes Preußen und des Reichs befindlichen Preag
(Preussische Elektrizitäts-A.G.), anstatt des internati-
onalen Sofinalkonzerns die Berliner städtischen Werke zu
betreiben, so ist auf dem Gebiet der Gaswirtschaft eine
neue Lage geschaffen, da damit der preussische Staat, der
durch die Preusag (die Preussische Bergwerks- und Hüt-
ten-A.G. an der Ruhrgas-A.G. maßgebend beteiligt ist),
nach der Elektrizitätswirtschaft nun auch in der Gaswirt-
schaft immer größeren Einfluß gewinnen muß, nachdem
er bereits in der Thüringer Gasgesellschaft die Majorität
hat. Dazu sind auch Städte wie Frankfurt, Aktionäre der
Preag.

Die Verträge der Sefoga (Sessische kommunale Gas-
versorgung) mit der Ruhrgas-A.G. und der Saargas G.
m. b. H. sind am 7. Februar unterzeichnet und dieser
Lage in einer Aufsichtsratsitzung der Sefoga gebilligt
worden. Dabei sind allerdings erhebliche Einschränkun-
gen eingetreten, da sich die größten Städte, wie Darm-

Stadt, das selbst ein neues Gaswerk baut, ausschließen, und auch Mainz, das das größte Gaswerk besitzt, dessen Verpachtung an die Seloga widerstrebt und nicht einmal Ferngas zum Spitzenbedarf beziehen will. Die neuen Selogaverträge sehen demgemäß nur 11 Mill. Kubikmeter (statt ursprünglich 60 Mill.) jährliche Mindestabnahme von der Ruhr vor, und es ist kaum zu erwarten, daß die sehr teure Ferngasleitung, die ja erst bis Siegen geht, nun sogleich in Angriff genommen wird. Die Frage der Gasfernverföhrung wird wohl erst wieder in ein akutes Stadium treten, wenn die Wirtschaft eine nachhaltige Belebung erfährt und damit ein größerer Gasbedarf gesichert ist. Auch wird die Saargasfrage zu regeln sein, da die Saar nicht nur an der Ferngasversorgung Hessens, sondern auch Nordbadens beteiligt sein will.

\*

Die deutsche Automobilindustrie hat auf der Berliner Internationalen Automobil Ausstellung, wie übereinstimmend berichtet wird, unter Berücksichtigung der allgemeinen Depression, mit guten Verkaufserfolgen abgeschnitten, obwohl es sich hier nicht um eine eigentliche Verkaufsveranstaltung, wie etwa die Leipziger Messe, handelt. Ein derartiger Erfolg ist aber auch sehr zu wünschen, denn gerade dieser Industriezweig leidet außerordentlich unter der Wirtschaftslage, die ja nicht nur den Privatmann, sondern auch die öffentlichen Stellen zur Zurückhaltung beim Einkauf zwingt. Das machte sich natürlich auch in Berlin weiter bemerkbar. Am besten verkauft wurden die Fahrzeuge der untersten Preisklassen, die Klein- und Kleinstwagen, die schon bei Anzahlungen von 600 bis 1000 Reichsmark zu haben sind. Ganz gut gingen auch noch mittlere Personenwagen, schlechter die höheren Preisklassen, dagegen wieder besser die allerersten Qualitätswagen, die wie der neue, große Mercedes — er kostet 44 000 M — ein besonderer Stolz der deutschen Industrie sind.

Der Absatz von Kraftwagen litt unter Zurückhaltung der öffentlichen Betriebe, die freilich schon länger andauert und es nun doch beruht hat, daß verschiedene Anschaffungen nicht mehr zurückgestellt werden können. Der Absatz an Leichtkraftwagen und Lieferwagen hob sich durch die eingeföhrten Preisermäßigungen. Von den Neufonstraktionen scheinen bei Kraftwagen nun die Dieselmotorkonstruktionen die erheblichen, zu ihrer Entwicklung in langjährigen Versuchsbauten aufgewendeten Mühen und Kosten einzubringen, und bei Personenwagen die neuen, die Fahrlichkeit erheblich erhöhenden Vorderradantriebe den Absatz an solchen Typen besonders begünstigt zu haben.

Die Berliner Ausstellung war allerdings eine international besetzte Veranstaltung, aber es hat zweifellos dort die deutsche Industrie, die durch die Absatznot und Konkurrenz, wie die Erschöpfung der Ausführmöglichkeiten gezwungen, alles Erdenkliche tat, um in Qualität und Preisgestaltung nicht zurückzustehen, gut abgeschnitten. Da im letzten Jahre rund 28 Proz. (28 000 Stück) der in Deutschland gekauften Personenwagen aus dem Ausland bezogen wurden, und dazu 16 000 Kraftwagen (das sind 37 Proz.), sah sich die bedrohte einheimische Autoindustrie zu den äußersten Anstrengungen gezwungen. Freilich ist es nicht gelungen, im Zusammenwirken der deutschen Industrie, ein allgemeines Kennzeichen für deutsche Wagen einzuföhren, was wohl auch darauf zurückzuführen ist, daß verschiedene große Fabriken, wie die größte deutsche Automobilfabrik Opel, sich in amerikanischem Besitz befindet, und auch Ford demnächst mit der eigentlichen Fabrikation in Deutschland (Köln) beginnen wird. Deutschland hat gegenwärtig 17 Gesellschaften, die den Kraftwagenbau in ihren Fabriken betreiben und in Berlin allein mit rund 50 Personenwagentypen auftraten. Das ist eine Abwärtstendenz von der vor nicht allzu langer Zeit proklamierten Beschränkung auf wenige Typen und eine teilweise Abkehr vom laufenden Band. Die Fabriken sehen sich offenbar gezwungen, ihre

Vertretungen in den Stand zu setzen, möglichst viele Ansprüche zu befriedigen, wobei man auch den allertuerksten Wagen schon im Interesse des Auslandsabfahes nicht außer acht lassen kann.

## Aus dem Reichstag

### Wirth entgegnet seinen Kritikern

Reichsinnenminister Dr. Wirth nahm in der Reichstags-Sitzung am Donnerstag bei der Fortsetzung der Aussprache über seinen Etat zu den Ausführungen der Debatteredner Stellung.

Vor ihm hatte als zweiter Redner der Deutschen Volkspartei der frühere Staatssekretär Schmid gesprochen, der im Gegensatz zu seinem Parteigenossen v. Kardorff in auffallend scharfer Weise gegen den Minister und seine Politik polemisierte. Er erklärte rund und nett, daß die Deutsche Volkspartei nur mit Rücksicht auf die politische Lage und die Persönlichkeit des Reichstanzlers Brünning aus ihrer Mißbilligung der politischen Gesamtsaltung des Reichsinnenministers Dr. Wirth nicht die politischen Konsequenzen ziehe. Zur Begründung dieser Haltung seiner Partei führte Abg. Schmid die Stellungnahme des Ministers gegen die thüringische Regierung an, die mit einer Niederlage des Ministers geendet habe. Gegen ein ähnliches Vorgehen gegen Braunschweig habe die Volkspartei rechtzeitig beim Reichstanzler interveniert. Andererseits mißbilligte Abg. Schmid, daß Dr. Wirth nicht scharfer gegen sozialdemokratische Einflüsse in der preussischen Politik vorgehe. Der Redner verlangte rücksichtslosen Kampf gegen die Kommunisten. Er forderte die Regierung auf, der Durchführung des Stahlhelmvolksbewegehens zur preussischen Landtagsauflösung keine Hindernisse zu bereiten.

Die scharfe Angriffsrede hatte im Reichstag, besonders bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien, lebhaftes Aufsehen erregt. Die Mitte und die Linke reagierte darauf wiederholt mit Gelächter.

Reichsinnenminister Dr. Wirth wandte in seiner Erwiderung eine erheblich mildere Tonart an, als sein Angreifer. Er wies wiederholt darauf hin, daß die Lage von dem völksparteilichen Redner v. Kardorff ganz anders beurteilt worden sei. Er hob weiter hervor, daß er ja den Vergleich mit Thüringen abgeschlossen habe und deshalb von der linken Seite angegriffen worden sei. Im Zusammenhang hiermit protestierte Minister Dr. Wirth dagegen, daß der thüringische Minister Dr. Fried in einer Jugendversammlung die Einberufung eines oppositionellen Sonderparlamentes nach Weimar angeht. Wenn dieser Gedanke verwirklicht würde, so wäre das eine revolutionäre Maßnahme, gegen die das Reich nötigenfalls mit dem Mittel der Reichsexekutive vorgehen müßte. Der Minister teilte mit, daß von der braunschweigischen Regierung auf das vor zehn Tagen abgegangene Schreiben wegen der Vorgänge beim Hitlerempfang noch keine Antwort eingegangen sei. Dr. Wirth zitierte dann aus nationalsozialistischen Schriften verschiedene Stellen zum Nachweis dafür, daß diese Bewegung die Idee des Christentums und der Humanität ablehne. Mit besonderer Schärfe wandte sich der Redner in seinen weiteren Ausführungen gegen die kirchenfeindliche Propaganda der Kommunisten. Er kündigte an, daß er die Landesregierung auffordern werde, gegen diese Propaganda mit staatlichen Mitteln einzuschreiten. Gegen diese Ausführungen protestierten die Kommunisten mit lauten Zwischenrufen. Der kommunistische Abg. Jodasch wurde deswegen aus dem Saale gewiesen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache begrüßte der christlichsozialistische Abg. Dr. Straßmann das energische Vorgehen des Innenministers gegen die kirchenfeindliche Propaganda. Er meinte, der Staat dürfe in diesem Falle auch vor der Einführung der Zensur nicht zurückschrecken.

Der staatsparteiliche Abg. Dr. Winkub richtete heftige Angriffe gegen Heinrich Mann, dem er unter Hinweis auf einzelne Stellen in seinem letzten Werk vorwarf, er habe sich nicht ferngehalten von jenen kulturvolkschweislichen Kreisen, die einen Emotionskommunismus aufgemacht hätten. Winkub verlangte Maßnahmen gegen die Überfüllung der Universitäten.

Am heutigen Freitag, 3 Uhr, soll nun endlich die lange Aussprache über den Innenetat zu Ende geföhrt werden. Das Haus hat am Freitag auch wieder über verschiedene Anträge zur Strafverfolgung von Abgeordneten zu entscheiden.

## Gefrierfleisch- und Brotgeheimhaltung am Samstag

Das Inkrafttreten der Reichstagsbeschlüsse über die Gefrierfleisch-einföhrung und über die Aufhebung des Brotpatentes hängt bekanntlich noch von der Zustimmung des Reichsrats ab. Die Entscheidung des Reichsrats wird am morgigen Samstag fallen, wobei auch die Osthilfe verabschiedet wird. Wenn der Reichsrat gegen die Beschlüsse des Reichstags Einspruch einlegt, gehen diese an den Reichstag zurück, der sie mit Zweidrittelmehrheit bestätigen müßte, die aber voraussichtlich nicht vorhanden sein wird.

## Koggenzoll auf 20 Reichsmark erhöht

Gemäß Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger“ hat die Reichsregierung auf Grund des Zollermächtigungsgesetzes den Koggenzoll mit Wirkung vom 6. März 1931 auf 20 M. je Doppelpferd erhöht.

Die „Post. Ztg.“ schreibt hierzu: Es handelt sich hierbei offenbar um eine Abwehrmaßnahme gegen das Eindringen größerer Mengen von russischen Koggen, die zu so billigem Preis auf den Weltmarkt geworfen werden, daß sie in Westdeutschland mit deutschen Koggen konkurrieren können. Durch eine Erhöhung des Zolles ist diese Gefahr für den deutschen Koggen beseitigt worden.

## Kleine Chronik

Das große Los ist diesmal nach Mainz gefallen. Ein Viertel des Loses 141 328 spielten mehrere Arbeiter aus dem Nied. Das zweite Viertel wurde von einer ganz armen Frau gespielt, die sich vor Freude kaum zu fassen wußte. Das dritte Viertel war in der Hand eines Geistlichen, der erklärte, er werde die Gewinnsumme dem Kirchenbaufonds zuföhren. Das vierte Viertel schließlich wurde von zwei Freunden gespielt, denen ihre Frauen das Spielen verboten hatten.

Durch einen Wirbelsturm, der die britische Insel Mauritius im Indischen Ozean heimsuchte, wurde ungeheurer Schaden angerichtet. Auch sind viele tote zu beklagen. Zwei britische Dampfer, die im Hafen von Port Louis verankert waren, sind getrandet. Das gleiche Schicksal hat viele kleinere Fahrzeuge erüht.

Schwere Stürme und ungewöhnlich hoher Wasserstand während der Flutzeit haben, wie aus Halifax (Neuschottland) gemeldet wird, längs der Küste großen Schaden angerichtet. Man ist sehr besorgt wegen des Schicksals der 75 Einwohner der „Teufelsinsel“, einer Sanddüne am Eingang des Hafens von Halifax, die gegen die See nur durch einen Wellenbrecher geschützt ist.

## Der Friedensschluß in Indien

### Zugeständnisse auf beiden Seiten

Die Nachricht von dem Friedensschluß in Indien rechtfertigt einen Rückblick auf den eigenartigen Kampf, der jetzt annähernd ein Jahr zwischen den indischen Nationalisten und den britischen Behörden im Gange gewesen ist. Dieser Kampf hat mit der ungeselichen Herstellung von Salz begonnen und später andere Formen angenommen.

Zum ersten Male hellte sich die Atmosphäre am 18. November 1930 auf, als der König in London die Konferenz am Runden Tisch eröffnete, an der Vertreter Britisch-Indiens, der indischen Staaten und britische Parlamentarier teilnahmen. Nach Abschluß der Konferenzarbeiten am 19. Januar kehrten die indischen Delegierten nach, und auf ihr Drängen hin entschloß sich der inzwischen freigelassene Gandhi, einen Brief an den Vizekönig Lord Irwin zu senden und ihm eine persönliche Unterredung vorzuschlagen. Nach der ersten Zusammenkunft vor genau 14 Tagen kam es zu zahlreichen weiteren Besprechungen, die jetzt zu einer Verständigung geföhrt haben.

Man erwartet, daß die Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams endgültig aufhören wird, und daß der indische Nationalkongress an den Sitzungen der neuen Konferenz am Runden Tisch in Indien und hierauf an den abschließenden Sitzungen der Konferenz in London teilnehmen wird. Die größte Schwierigkeit, die noch überwunden werden muß, dürfte der ewige Zwist zwischen dem Hindus und den Mohammedanern sein.

Der Friedensschluß beruht, wie schon jetzt feststeht, auf Zugeständnissen von beiden Seiten. Immerhin wird von gemäßigter britischer Seite hervorgehoben, daß der indische Nationalkongress Ende 1929 eine Entschöfung Gandhis annahm, worin die volle Unabhängigkeit Indiens auf das Programm gesetzt wurde. Es könne also keine Rede davon sein, daß England, wie die „Daily Mail“ behauptet, vor dem indischen Nationalismus kapituliert habe.

Das Abkommen zwischen Gandhi und dem Vizekönig von Indien ist jetzt veröffentlicht worden. Es sieht die Beendigung des Salzboikots des zivilen Ungehorsams sowie den Verzicht auf Boykottierung englischer Waren als eine politische Waffe vor. Die wegen zivilen Ungehorsams zu Gefängnis verurteilten Personen, die sich keiner Gewalttätigkeit schuldig gemacht haben, werden auf freien Fuß gesetzt. Der Bevölkerung der Salzgebiete, insbesondere ihrem ärmsten Teil, wird gestattet, Salz zum Hausgebrauch oder zum Zweck des Verkaufes in den Dörfern heranzuföhren. Das „Piktetziehen“ vor den Kaufsläden wird erlaubt, wenn es keinen tätlichen Charakter trägt. Der Verkauf und der Kauf britischer Waren soll unbehindert geschehen können.

## Kurze Nachrichten

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt. Nach Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums ergab sich bis Ende Januar 1931 im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von 993,3 gegen 1189,5 Millionen Ende September 1930. Die schwebende Schuld hat sich auf 1682,4 Millionen (gegen 1735,6 am Ende des Vormonats) ermäßigt.

Sondergebühren für Autofahrer. Im Reichstag haben alle bürgerlichen Parteien einen Gesetzesentwurf eingebracht, wonach für die Benutzung ausschließlich dem Kraftfahrzeugverkehr gewidmeter Wege (Autobahnen) von privatrechtlichen Unternehmungen, in deren Verwaltung die Länder zur Wahrung öffentlicher Interessen vertreten sind, ein Entgelt erhoben werden kann. Für Bau und Unterhaltung solcher Straßen dürfen Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer nicht verwendet werden.

Gegen Doppelverdiener. Das Zentrum hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, für die Dauer einer übermäßigen Arbeitslosigkeit auf die Beförderung und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und alle von ihnen betriebenen und beeinflussten Unternehmungen sowie auf alle mit öffentlichen Aufträgen versehenen Firmen einzuwirken, Doppelverdiener nur dann weiterzubeschäftigen oder einzustellen, wenn ein solches Doppelverdienst zum Unterhalt einer Familie als notwendig nachgewiesen wird.

Der Zwischenfall im Bayerischen Landtag. Auf die kategorische Forderung des bayerischen Landtagspräsidenten Stang an die Nationalsozialistische Fraktion, für das Verhalten des Abgeordneten Streicher, der einem Journalisten eine Ohrfeige gegeben hat, Genugtuung zu geben, hat dieser ein Schreiben an den Landtagspräsidenten gerichtet, in dem er die Beleidigung, die er in der Erregung über seine Ausweisung aus dem Saal gegen den Präsidenten persönlich ausgesprochen hatte, lebdauert und zurücknimmt. (Er hatte von einem „Haus der Volkstrüger“ und einer „schwarzen Gesellschaft“ gesprochen.) Zu dem Zwischenfall vor dem Journalistenzimmer erklärte Präsident Stang, daß er keinerlei Zwischenruf von der Journalistentribüne gehört habe. Er bedauere tief, daß das Haus eines Parlaments zum Schauplatz einer derartigen wüsten Szene geworden sei. Er werde dieses Vorkommnis zum Gegenstand einer Untersuchung machen.

Thüringen gegen die Gefrierfleisch-einföhrung. Das thüringische Kabinett beschloß, im Reichstag gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Einföhrung von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch Einspruch einzulegen, da zu befürchten sei, daß durch diese Einföhrung die ohnehin schon sehr niedrigen Preise von schweren Rindfleisch der deutschen Landwirtschaft noch weiter herabgedrückt würden.

Minister Fried verbietet den Tonfilm „Dreigroschenoper“. Durch Anordnung des thüringischen Volksbildungsministers Dr. Fried wurde die Aufföhrung des Tonfilms „Die Dreigroschenoper“ nach dem gleichnamigen Theaterstück für das Land Thüringen vorläufig verboten. In der Begründung zu dieser Maßnahme wird gesagt, daß der Film das religiöse Empfinden verlege und im übrigen entwürdigend wirke. Bei der Oberprüfungsstelle wurde der Antrag gestellt, die Zulassung des Films zu widerrufen.

Schiedsspruch in der bayerischen Textilindustrie. Der Landesprüfungsamt für Bayern hat einen Schiedsspruch gefällt, durch den die Löhne für Akkordarbeiter und -arbeiterinnen um 8 Prozent und für Zeitarbeiter und -arbeiterinnen um 4,2 bzw. 5,5 Prozent gesenkt werden. Für die Nebenberufe beträgt der Lohnabbau 6 Prozent. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 12. März.

Auf einer Allgäuer Bauerntagung drohte ein Redner, daß die Bauern bereit seien, den Marsch nach Berlin zur Durchsetzung ihrer Wünsche anzutreten. In einer Entschöfung wurden die Forderungen der deutschen Milchwirtschaft genau zusammengestellt. Der Vorsitzende betonte, daß dieser Allgäuer Bauerntag der Mobilmachungstag der ganzen deutschen Milchwirtschaft sein würde.

Aufföhrerregende Zahlungseinstellungen in London. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ hat die große Wallfirma Sir Arthur Wheeler & Co. ihre Zahlungen eingestellt. Der Konkurs dürfte auf die lange wirtschaftliche Depression zurückzuführen sein; er hat in England großes Aufsehen erregt.

## Weingartner-Konzert in Paris verhindert

### Auf nationalistischen Einspruch

Der nationalistische französische Abg. Laittinger hatte in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Laval dagegen protestiert, daß der deutsche Musiker Felix Weingartner am 7. und 8. März in Paris zwei musikalische Veranstaltungen der Vereinigung der Concerts pas de loup dirigieren werde. In dem Brief wird Felix Weingartner als in Paris unerwünscht bezeichnet, u. a. weil er während des Krieges die ihm vor dem Kriege verliehene Ehrenlegion zurückgeschickt habe. Der Brief erhob gleichzeitig im allgemeinen gegen die Veranstaltung deutscher Konzerte, deutscher Theateraufföhungen in Paris Einspruch und kündigte für die beiden Weingartner-Konzerte, falls sie nicht inzwischen verboten würden, Zwischenfälle an. Daraufhin hat Ministerpräsident Laval in Gemeinschaft mit dem Polizeipräsidenten die Konzertgesellschaft Pas de loup aufgefordert, Weingartner nicht aufzutreten zu lassen.

Dagegen wendet sich heute, Freitag vormittag, nur der sozialistische „Populaire“, der darauf hinweist, daß das dubiose Deutschland französische Künstler, die während des Krieges aus ihrer starken deutschfeindlichen Gesinnung kein Hehl gemacht hätten, gütlich aufnehme. „Erzelfior“ stellt fest, daß Weingartner erst vor kurzem in Straßburg dirigiert habe, ohne daß seine Anwesenheit auch nur den geringsten Protest hervorgerufen habe. Die Gesellschaft der Pas-de-loup-Konzerte kündigte dem Publikum an, daß die beiden Konzerte infolge der Pressetampagne abgefaat würden, da die Gesellschaft nicht die Verantwortung für unliebsame Zwischenfälle übernehmen wolle.

Das Badische Landestheater Karlsruhe gab in Landau als Gastvorstellung die Mozart-Oper „Die Zauberflöte“. Man zählte 2100 Theaterbesucher. Der Theaterverein Landau beabsichtigt, in diesem Jahre noch drei weitere Gastspiele auswärtiger Bühnen.

**Badischer Teil**

**Badischer Landtag**

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 12. März, vorm. 9 Uhr.

**Tagesordnung:**

1. Befragung der Eingänge.  
II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über: a) die Anträge der Abgeordneten: 1. Merk u. Gen., Katastrophale Lage auf dem Holzmarkt, 2. Duffner u. Gen., Wirtschaftliche Lage auf dem Rindholzmarkt, Berichterstatter Abg. Seubert; b) die Anträge der Abgeordneten: 1. Dr. Maties u. Gen., Schließung der Lehrerbildungsanstalten, 2. Lechleiter u. Gen., Junglehrerlot, 3. Maier u. Gen., Studentenausschuss, und das Gesuch der Gemeinde Korb, Wiedererrichtung der zweiten Lehrerschule; c) den Antrag der Abg. von Au u. Gen., Umlegung öffentlicher Abgaben (Steuern und Gebühren); d) den Antrag der Abg. Dr. Schmittlinger u. Gen., Preisfestsetzung für Wasser, Gas, Licht- und Kraftstrom sowie der Eisenbahn- und Posttarife.

**Bäuerliche Siedlungen in Nord- und Ostdeutschland**

Zur Tagung des badischen Vereins zur Förderung der Innentolonisation

Es wird uns geschrieben:

Die Feierzeit nach Schließen abgewanderten badischen landwirtschaftlichen Siedler hatten und haben zweifellos mit ziemlichen Schwierigkeiten dadurch zu kämpfen, daß ihre Siedlerstellen besonders für die in der Folgezeit eingetretene landwirtschaftlichen Produktpreise zu teuer waren. Der Grund für diese teureren Übernahmepreise war vor allen Dingen das sogenannte „Schleifsch System“.

Die dortige Landgesellschaft, die diese Siedlungen durchführte, setzte ihren Ehrgeiz darin, die geschaffenen Siedlerstellen durch intensive Bodenbegrünung und Bodenbearbeitung, dann aber auch durch Erhaltung guter Gebäulichkeiten auf einen Höchststand intensiver Bewirtschaftung zu bringen.

Solange dies von einem lauffähigen Besitzer weitergeführt werden konnte, war natürlich alles recht und gut. Sobald aber, und dies war besonders bei unseren badischen Siedlern der Fall, kapitalisch schwache Siedler diese hochgetriebenen Siedlerstellen übernehmen und in der Folgezeit eben nicht mehr so intensiv düngen, nicht mehr so gutes Saatgut verwenden konnten usw. usw., gingen naturgemäß die Erträge zurück und die Folge davon war, daß die Einnahmen nicht mehr den laufenden Abgabungsverpflichtungen an die Siedlungsgesellschaft gerecht werden konnten. Und dann war der Ansporn, den der Bauer für den Tor geöffnet!

Heute versucht man nun in den praktischen Siedlungskreisen, durch sogenannte „Primittisiedlungen“ diese Gefahr des sogenannten „Schleifsch Systems“ zu vermeiden. Einer der ersten Nuser in diesen Bestrebungen ist der bekannte Siedlungspraktiker Silvio Broedrich, der derzeitige Leiter der Siedlervereinstelle in Berlin.

Es ist nun außerordentlich zu begrüßen, daß dieser Herr es übernommen hat, auf der nächsten Ordentlichen Mitgliederversammlung des Badischen Vereins zur Förderung der Innentolonisation in Karlsruhe, Mittelstr. 3 IV, am Dienstag, den 17. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Colosseum“ Saal 3 (5. Hof rechts), in Karlsruhe, Waldstr. 14/16, über seine „Primittisiedlungen“, die er jetzt mit Hilfe des Reiches in die Praxis überführen will, einen aufklärenden Lichtbildvortrag zu halten.

Bei der außerordentlichen Bedeutung, die diese Verbilligung der Siedlungsstellen mit Hilfe dieser Primittisiedlungen gerade für unsere doch recht kapitalisch schwachen badischen Siedlungskräfte hat, ist zu hoffen, daß diese Versammlung recht zahlreich, aus allen siedlungslustigen Kreisen Badens besucht wird.

Außer Silvio Broedrich wird noch ein Vertreter der Mecklenburgischen Landgesellschaft Schwerin über die „Siedlungsmöglichkeiten in Mecklenburg“ sprechen. Zu diesen Vorträgen sind nicht nur die Mitglieder unseres Vereins, sondern auch Freunde und Gönner des Siedlungsgedankens herzlich eingeladen.

**Tagung des „Südwestdeutschen Hilfs-schulverbandes“**

Zu dieser Tagung wird uns geschrieben:

Das deutsche Volk anerkennt trotz seiner Notlage die Verpflichtung, für seine erwerbslosen und erwerbsbeschränkten Glieder zu sorgen. Soweit es sich um geistig Beschränkte handelt, von denen es in Deutschland etwa 1 1/2 Millionen gibt, die infolge geistiger Unzulänglichkeit vom Erwerb ausgeschlossen sind und daher versorgt werden müssen, kann die Erziehung in der Hilfsschule erfahrungsgemäß Beförderung schaffen.

Der südwestdeutsche Hilfsschulverband hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erziehung geistig Minderwertiger im heilpädagogischen Sinne so einzurichten, zu verbessern und zu vervollkommen, daß ein großer Teil dieser von der Natur Vernachlässigten am öffentlichen Geschehen teilnehmen und sich einfügen kann in das Arbeitsleben als tätige und erwerbende Glieder. Die diesjährige Hauptversammlung dieses Vereins, welche in Karlsruhe stattfindet, bringt Vorträge hervorragender Sachkenner über Mittel und Wege für die Erziehung minderbegabter Kinder, um diese zur größtmöglichen Berufsbereitschaft, zur werktätigen Arbeit zu bringen.

Es werden hiermit alle, die Einsicht haben für die Notwendigkeiten, für die Räte unseres Volkes, alle, die ersten Willens sind mitzuhelfen an der Verbesserung hemmender und störender Verhältnisse, sowie diejenigen, die noch ein Herz haben für Menschen, welche ungenügend ausgestattet und hilflos bedürftig sind, aber trotzdem ein Recht haben auf Teilnahme an Leben und Arbeit, zu der am 14. März, vormittags 10 Uhr, im großen Rathhaussaal Karlsruhe stattfindenden Hauptversammlung eingeladen.

**Aufnahmeperrung für die Lehrerbildungsanstalten**

Wie das neueste Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts (Nr. 6) mitteilt, finden an Ötern Aufnahmen in die badischen Lehrerbildungsanstalten nicht statt.

**Politische Verleiddigungsprozesse**

Der „Führer“ zu 500 M Geldstrafe verurteilt  
Begen Verleiddigung des Ministers Dr. Remmele hatte sich am Donnerstag der Schriftleiter des „Führer“, Franz Moraller aus Karlsruhe, vor dem Schöffengericht Karlsruhe zu verantworten. Gegenstand der Klage bildete ein Artikel im „Führer“, in dem unter Bezugnahme auf die nochmalige Zulassung des Lehrers Josef Kraus in Niederorschheim zur Prüfung gegen den Unterrichtsminister der Vorwurf erhoben wurde, er habe gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen und Verfassungbruch begangen, um einen Parteifreund zu fördern.

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Minister Remmele mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte, sondern erst durch die Zeitungsartikel davon erfuhr, ferner, daß die Zulassung zur Prüfung von Ministerialdirektor Huber auf sozialen Erwägungen ausgesprochen wurde. Auch die Behauptung des Artikels, Kraus gehöre der Partei des Ministers an, ließ sich nicht nachweisen, da Kraus parteilos ist. Die Behauptungen des Artikels waren in allen Punkten unzutreffend. Das Schöffengericht sprach gegen Moraller eine Geldstrafe von 500 M, im Unbeibringungsfall eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen aus. Oberstaatsanwalt Heinsheimer hatte eine angemessene Freiheitsstrafe beantragt.

**Verleiddigung und Vergehen gegen das Pressegesetz**

Begen Verleiddigung und Zuwiderhandlung gegen das Pressegesetz hatten der Fabrikarbeiter Otto Duxer aus Auzlingen und der Weber Franz Zehle aus Rodtmoos vor dem Schöffengericht Freiburg zu erscheinen. Duxer, der als Stadtrat der kommunistischen Partei in Lörrach angehört, übergab Zehle eines Tages einen Rat Flugblätter mit der Anweisung, die Flugblätter einzeln an die Arbeiter der Weberei Konrads Nachfolger in Lörrach zu verteilen. Das wurde von Zehle bereitwillig befolgt. Der Inhalt des Flugblattes strohte von Verleiddigungen und häßlichen Anspielungen gegen die derzeitigen beiden Inhaber der Konradschen Fabrik. Auf dem Flugblatt, das sich „Der rote Weber“ betitelte, war, den Vorwürfen des Pressegesetzes zuwider, weder der Name des Verlegers noch des Hertilers (Druckers) angegeben.

Der Angeklagte Duxer behauptete, er habe keine Silbe von dem Wortlaut des Flugblattes gekannt; das Paket mit den Blättern sei ihm von unbekannter Seite zugegangen mit dem schriftlichen Ersuchen, die Blätter vor der Fabrik verteilen zu lassen. Aus früheren Vernehmungen der zwei Angeklagten geht aber hervor, daß diese Angaben mit den wahren Vorgängen nicht übereinstimmen können. Den Angeklagten Duxer belegte das Schöffengericht mit 100 M Geldstrafe evtl. 20 Tagen Gefängnis, den Zehle, der mehr als untergeordnetes Werkzeug des Duxer zu betrachten ist, mit 50 M Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

**100. Geburtstag Wilhelm Raabes**

Da der 8. September, an dem in diesem Jahre der Geburtstag des Dichters Wilhel Raabe sich zum hundertsten Male jähr, bei den meisten Schulen in die Ferien fällt, hat der Minister des Kultus und Unterrichts angedeutet, daß in der ersten deutschen Stunde nach den Ferien eine dem jeweiligen Klassenstand entsprechende Würdigung des Lebenswerkes Wilhelm Raabes gegeben wird. Ferner soll im Schuljahr 1931/32 bei der Auswahl des Klassenlesestoffes, bei Aufsätzen und Vorträgen Raabe besonders berücksichtigt werden und ebenso bei der Beschaffung von Büchern für Lehrer- und Schülerbüchereien.

**Gemeinderundschau**

Der Mannheim'sche Bezirksrat kann vorerst nicht tagen. Wie bekannt, wurde die Bezirksratswahl in Neilingen bei Schwellingen für ungültig erklärt, weil beim Auszählen der Stimmen gesetzliche Zählmethoden angewendet worden waren. Diese Ungültigkeitserklärung hat inzwischen Rechtskraft erlangt, und der Mannheim'sche Bezirksrat kann nun so lange nicht zusammentreten, bis die Neuwahlen zum Bezirksrat in Neilingen stattgefunden haben und die endgültige Zusammenfassung des Bezirksrates feststeht.

Für Abänderung der gemeindlichen Fürsorgeverpflichtungen. Wie mitgeteilt wird, hat auch die Handelskammer Karlsruhe schon vor einiger Zeit die Wiederherstellung des Unterstitzungswohnhauses gefordert, um auf diese Weise zu einer Entlastung der Gemeinden von den sie überwälzenden Fürsorgeaufgaben und damit auch zu einer Entlastung der Wirtschaft von den hohen Gemeindeumlagen beizutragen.

Notstandsarbeiten in Baden-Baden. Baden-Badens Friedhöfe werden zu klein. Seit Jahren beschäftigt sich die Stadtverwaltung mit der Frage, wie sie das Friedhofproblem lösen könnte, ohne neue Anlagen, die Millionen kosten würden, schaffen zu müssen. Wie in früheren Jahren, muß man sich auch jetzt mit Teillösungen, Erweiterung der alten Friedhöfe usw., begnügen. So hat man die Arbeiten vor vier Wochen aufgenommen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die geplante Erweiterung des Hauptfriedhofes und des Viktualer Friedhofes geben Platz für 1400 Grabstätten. Der Viktualer Friedhof erhält außerdem eine Kapelle.

18 Proz. Sparlastenaufwertung in Billingen. Die städtische Sparkasse in Billingen wertet die bei ihr vor dem 15. Juni 1922 auf Sparbuch angelegten Geldern mit 18 Proz. auf. Die Aufwertungsumgaben, die die Höhe von 20 M nicht übersteigen, können sofort ausgezahlt werden. Für die übrigen gilt die gesetzliche Sperrfrist.

Bürgermeister Heeg Ehrenbürger von Schoffheim. Bürgermeister Heeg in Schoffheim, der aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten ist, wurde wegen seiner Verdienste, die er sich als Bürgermeister um die Stadt erworben hat, zum Ehrenbürger ernannt. In einer schlichten Feier wurde ihm der Ehrenbürgerbrief am letzten Tage seiner aktiven Dienstzeit überreicht.

Errichtung eines Waldfriedhofs in Singen a. S. Im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge läßt die Stadtgemeinde Singen an der Gottmadinger Straße einen Waldfriedhof anlegen, für den Prof. Dr. Billing in Karlsruhe, der Erbauer des Kranenbades, die Pläne kostenlos ausgearbeitet hat. Der Kostenanschlag des Stadtbauamts für die Anlage beläuft sich auf 105 000 Reichsmark.

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk Bruchsal-Bretten. Die Zahl der arbeitslosen Unterstüttungsempfänger ist im Bezirk des Arbeitsamtsbezirks Bruchsal-Bretten bis Ende Februar auf 9916, die der Krisenunterstüttungsempfänger auf 1054 gestiegen. 6917 Personen beziehen gleichzeitig die Tabakfondunterstüttung, 523 nur die Tabakfondunterstüttung. Am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 3924 Arbeitslosenunterstüttungsempfänger und 350 Krisenunterstüttungsempfänger gezählt.

**Aus der Landeshauptstadt**

Karlsruher Veranstaltungen. Im Rahmen der diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ wird voraussichtlich auch eine volkstädtische eingestellte Rundgebung stattfinden. Am 10. Mai soll wieder ein Sommertagszug durchgeführt werden.

Notgemeinschaft. Auf Antrag der Karlsruher Notgemeinschaft haben sich der Bad. Kunstverein, Waldstr. 30, sowie die Galerie Moos, Kaiserstr. 187, bereit erklärt, den von der Karlsruher Notgemeinschaft anerkannten Bedürftigen freien Eintritt in ihre Kunstausstellungen zu den üblichen Öffnungszeiten gegen Vorzeigung ihres Notgemeinschaftsausweises zu gewähren.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf auswärtige Besucher die dritte Aufführung der neuinstudierten Komödie für Musik „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß am Sonntag, dem 8. März, nicht um 19.30 Uhr, sondern um 19 Uhr beginnt. Den Baron „Ochs auf Lerchenau“ wird Adolf Schoppflin singen.

Volkstierfest im „Friedrichshof“. Am Samstag, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im „Friedrichshof“ ein Volkstierfest in bekannter Art statt. Hierbei wird der Pfälzer Mundartdichter, genannt „Bellermer Seiner“, mit neuesten Dichtungen auftreten. Die Harmoniekapelle wird ihr Mögliches dazu beitragen, so daß einige gemufreichte Stunden zu erwarten sind.

Eine Lotterie ohne Rieten ist in Wirklichkeit die Lotterie „Frohe Kindheit“, denn tatsächlich ist ein jedes Los ein Treffer, entweder für den Gewinner, oder aber für unsere Kinder, unsere Jugend. Zweifelhaft ist auch gesagt, daß alle Hauptgewinne der vorjährigen Spielzeit zur Ausgabe gelangten und wie folgt sich verteilten: 1. Die kare 6000 M erhielt ein junger Mann in Gmündingen, der dadurch seiner Mutter, einer Witwe mit 4 Kindern eine wirkliche Stütze wurde. 2. Die schöne Dreijahresmerweinrichtung, Wert 3500 M, wurde zum Besitz einer Familie mit 5 Kindern in Erlangen b. Hohenheim. 3. Das VW-Auto, Wert 2285 M kam nach Freiburg i. B. Die betreffende Familie konnte es zu ihrem Nutzen gut verlaufen. 4. Das feuchig-Salon-Pianino, Wert 1700 M, wurde die Freude eines jungen Ehepaares in Rheinfelden. 5. Das schöne Speisezimmer, Wert 900 M zielt die Wohnitube einer Tagelöhnerfamilie in Gföschweiler, Amt Neustadt. 6. Das Zündapp-Motorrad, Wert 600 Reichsmark, erhielt ein erwerbsloser Arbeiter in Donaueschingen, der seine bedrückte wirtschaftliche Lage durch einen Verkauf des Fahrzeuges wesentlich verbessern konnte. 7. Die Brautwäscheausstattung, Wert 750 M wurde durch prächtigen Zufall einer jungen Braut zuteil und fiel nach Schwellingen. 8. Das Reitboot, Wert 300 M, gewann ein junger Mann in Kappel am Rhein. Das nur über die Hauptgewinne. Alle fielen sie in gute Hände und das wird hoffentlich auch in diesem Jahre wieder so werden, wie auch zu wünschen ist, daß die Lotterie nunmehr in ihrer 4. Spielzeit wie immer alle ihre 50 000 Lose ausverkauft. Wo nicht erhältlich, schreibe man an die „Frohe Kindheit“, Karlsruhe, Stefaniestraße 92. 11 Lose in guter Mischung mit Wiste kosten nur 5.25 RM.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des mitteleuropäischen Hochdruckteiles hatten wir gestern größtenteils wolkenloses Wetter. Nur der Süden des Landes hatte zeitweise Bewölkung. Auch ist es dort heute Nacht zu Niederschlägen gekommen, da sich eine föhliche der Alpen liegende Störung nach ziemlich weit nach Norden ausbreitet. Im allgemeinen wird der Druck seinen Einfluß auf unsere Witterung behalten. Voraussage: Meist heiter, im Süden zeitweise Bewölkung. Vorerst trocken und Nachfröste bei östlichen Winden.

Wasserkände: Waldshut 353 minus 106, Basel 194 minus 111, Schusterinsel 265 minus 121, Rehl 472 plus 68, Maxau 616 plus 88, Mannheim 491 plus 8, Caub über 200 Zentimeter.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	6. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.44	168.78	168.44	168.78
Kopenhagen 100 Kr.	112.41	112.63	112.41	112.63
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.416	20.456	20.416	20.456
New York 1 . . D.	4.2030	4.2110	4.2030	4.2110
Paris . . . 100 Fr.	16.458	16.498	16.458	16.498
Schweiz . . . 100 Fr.	80.895	81.055	80.895	81.055
Wien . . . 100 Schilling	59.075	59.195	59.075	59.195
Prag . . . . . 100 Kr.	12.449	12.469	12.449	12.469

**Von den Börsen**

Die Börsen waren bis zum Mittwoch überwiegend fest und widerstandsfähig, doch gewann im Laufe des Mittwochs die unsichere politische Lage maßgebenden Einfluß auf die Börsentendenz, so daß sich am Donnerstag die Kurse abschwächten. Da die Abschwächung sich in verhältnismäßig engen Grenzen hielt, so lag das Kursniveau etwas über dem der Vorwoche. Insbesondere am Elektromarkt zeigte sich Kaufinteresse. Geschäftel profitierten von den Anleiheverhandlungen mit der Stadt Berlin eine Kursbesserung von nahezu 15 Punkten, wovon sie allerdings am Donnerstag zwei Punkte abgeben mußten und mit 122.5 notiert wurden. Einen erheblichen Kursgewinn konnte auch Chade auf Grund der festeren spanischen Baluta erzielen (281.5 - 300 - 298). Baumwolle konnten erhebliche Steigerungen erzielen, so Holzmann von 78 auf 90, die mit 88 schlossen. Von Schiffahrtswerten konnten Sapag und Lloyd 6 bzw. 5 Punkte auf Grund der spärlichen

**Warum Sorge um Herz und Nerven?**  
Trinken Sie den coffeinfreien und völlig unschädlichen **KAFFEE HAG**  
Das große Paket Kaffee Hag jetzt nur noch **RM 1.62**, das kleine **81 Pfg.**

tigen Dividendenausschüttung profitieren. Am Rentenmarkt gab es einiges Geschäft. Anleihen lagen fest. Alte und neue Ablösung konnten sich etwas erhöhen. Am Pfandbriefmarkt war die Stimmung durchweg freundlich. Die Situation für den Prozentigen Typ scheint sich zu bessern.

**Rheinische Hypothekbank, Mannheim.** In der Generalversammlung waren 1,8 Mill. Aktienkapital mit 98 928 Stimmen vertreten. Die Verwaltungsanträge wurden mit allen gegen 870 Stimmen von Rechtsanwalt Victor (Frankfurt) angenommen; dieser bemängelte die Aufmachung der Ertragsrechnung sowie die Bilanz. Die Verwaltung führte in der Entgegnung u. a. aus, der Beschluß, nicht über 10 Proz. Dividende hinauszugehen, entspreche auch der Übung anderer Hypothekbanken. Die Zinsrückstände aus dem Jahre 1928 betragen nur noch 55 M., aus 1929 noch 9000 M. Industrielle Beleihungen beständen bei der Bank nur in ganz minimalem Umfang, so daß sie sozusagen kein Risiko einschließen. Bilanzmäßig seien noch etwa 18 Mill. Reichsmark Liquidationspfandbriefe auszugeben, die Bank habe jedoch 11 Mill. aus eigenem Besitz zur Verfügung. An dem Internationalen Bobentreditinstitut in Basel habe man sich zusammen mit der Gemeinschaft süddeutscher Hypothekbanken beteiligt, weil man hoffe, daß das Kapital dieses Instituts den deutschen Markt interessiere. Die Entwicklung im laufenden Jahr sei wesentlich ruhiger geworden als im Vorjahr. Wenn nicht unvorhergesehene Fälle eintreten, werde man wieder ein befriedigendes Ergebnis vorlegen können. Rechtsanwalt Victor legte entsprechend dem von ihm vertretenen Standpunkt gegen die Ertragsrechnung und die Bilanz sowie gegen Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand Protest ein, nicht jedoch gegen die Ausschüttung der Dividende von 10 Proz.

**Carl Schmitt & Co., Bankgeschäft, Forstheim.** Die Generalversammlung vom 4. März genehmigte den Abschluß auf 31. Dezember 1930, entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes. Der Reingewinn (Vorjahr 54 467 M.) wird mit 57 010 M. ausgewiesen. Hieraus wird eine Dividende von 7 Prozent (8 Prozent) ausgeschüttet. Die durch die verminderte Ausschüttung ersparten Beträge werden — neben weiterer Verstärkung der inneren Rücklagen — der offenen Reserve zugewiesen, die sich dadurch auf 230 000 M. erhöht, so daß die ausgewiesenen Eigenmittel der Bank nunmehr 830 000 M. betragen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Der Birkle-Prozess in Freiburg.  
Mitte nächster Woche Urteilsprechung

Am neunten Verhandlungstag wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Unter anderem bezeugte die protokolllarisch vernommene ehemalige Privatsekretärin Emmy Schmidt in Zürich, daß sie im Geschäft viele Überstunden habe machen müssen. Den Betrag von 15 000 Reichsmark habe sie erhalten, weil sie bei der Dresdner Bank, von der sie Herling zur Birkle-Bank mit herübernahm, pensionsberechtigt gewesen sei. Herling habe der Kasse dauernd Geld entnommen. Ein Bilanzbuch habe sie nicht gesehen. Der Zeuge Lieber erbat noch einmal das Wort und erklärte, daß alle Anschuldigungen Birkles gegen ihn unwahr seien.

Am heutigen Freitag werden noch einige Zeugen vernommen. Dann werden die Sachverständigen sprechen. Das Urteil gegen Birkle und Herling dürfte Mitte nächster Woche gesprochen werden.

**Dr. Freiburg, 6. März. (Tel.)** Im Birkle-Prozess kam es heute zu einem sensationellen Zwischenfall. Bei der Vernehmung des Schwiegersohns des Angeklagten Birkle, des 25 Jahre alten Fabrikanten Franz Geiger in Lahr, kam dieser auf die Selbstmordabsichten der beiden Angeklagten zu sprechen, von denen in der Öffentlichkeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Bank die Rede war. Er erklärte, er habe bei der Venittierung der Selbstmordfrage den Eindruck gehabt, daß Lieber auf diese Weise die etwa eine Million Reichsmark betragenden Versicherungsgelder der Bankiers zur Sanierung der Bank verwenden wollte. Lieber bestritt das auf das Entschiedenste. Er habe lediglich gesagt, daß für betrügerische Bankiers nur der Revolver übrig bleibe.

**Nr. 11 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes** hat folgenden Inhalt: Bekanntmachungen des Staatsministeriums und des Ministers des Innern: Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

**\* Mannheim, 5. März.** Als gestern abend Pastor Krüger in der hiesigen Trinitatiskirche die Leiden deutscher Auswanderer in Sibirien schilderte, suchten, der Kommunistischen Partei nahestehende Emporenbesucher durch Zwischenrufe den Vortrag zu stören. Unter der zahlreichen Zuhörerschaft kam es zu einer begreiflichen Erregung. Während Pastor Krüger einen Augenblick seinen Vortrag unterbrach, verließen die Ruhestörer, da sie offenbar das Heranholen der Polizei befürchteten, schreiend die Kirche, indem sie noch Zettel mit Schmähschriften herabwarfen. („N. Bad. Landesztg.“)

**ib. Bruchsal, 6. März.** Die Reichsbahndirektion Karlsruhe stellte gestern nachmittag einen Versuchszug auf, bestehend aus einer Schnellzuglokomotive mit drei Wagen, um eine Schnellfahrprüfung vorzunehmen. Als Geiger bediente der 29 Jahre alte Wilhelm Manger aus Untertrombach die Maschine. Er schürte zwischen Untertrombach und Bruchsal nochmals das Feuer, um die Geschwindigkeit zu erhöhen, wobei ihm der Schürhaken mit voller Wucht ins Gesicht flog, so daß er schwer im Gesicht verletzt wurde. Der mit über hundert Kilometer Geschwindigkeit fahrende Probezug wurde in der Station Bruchsal sofort zum Stehen gebracht und der schwerverletzte Geiger in das Fürst-Sturm-Hospital eingeliefert.

**Dr. Forst, bei Bruchsal, 6. März.** Der verheiratete Landwirt Hermann Rieggott wurde gestern abend in einem benachbarten Hof von einem noch unbekanntem Täter durch Stiche schwer verletzt. Auch die Lunge ist in Mitleidenschaft gezogen. Der Täter konnte noch nicht festgestellt werden, da der Schwerverletzte bis jetzt noch nicht imstande war, eine Aussage zu machen.

**Dr. Rastatt, 5. März.** Vor dem hier tagenden Karlsruher Schöffengericht stand der verwitwete, 59 Jahre alte Gemeindevorsteher Stefan Lenhard aus Ottersdorf wegen Amtsuntersagung. Der Angeklagte, der seit 1919 Gemeindevorsteher in Ottersdorf war, wurde beschuldigt, in den Jahren 1927 bis 1929 nach und nach amtliche Gelder der Gemeinde Ottersdorf

in einer Gesamthöhe von 3396 RM. unterschlagen und für sich verbraucht zu haben. Bei der Vernehmung gab Lenhard an, er könne sich nicht erklären, wie die Fehlbeträge entstanden seien, er habe kein Geld für sich verbraucht. Er erhielt sechs Monate Gefängnis. Der Anklagevertreter hatte zehn Monate beantragt.

**Dr. Offenburg, 5. März.** In der Nordische Schilli richtet sich der Verdacht jetzt auf zwei Handwerksburschen, Otto Vogel und Franz Panther, 22 und 20 Jahre alt. Sie wurden in Schenheim (Amt Lahr) festgenommen. Das gravierendste Moment ist die Tatsache, daß sie sich in der Mordnacht zwischen 9 und 12 Uhr nicht in der Herberge aufgehalten haben und für diese Zeit ihr Alibi nicht nachweisen können. Auch haben sich beide in Widersprüche verwickelt. Da am Tator Fingerabdrücke festgestellt wurden, wird das Ergebnis der Fingerabdruckvergleiche eine wichtige und ausschlaggebende Bedeutung haben.

### Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. März 1931 im Lande Baden berseucht mit:

Raul- und Klauenende:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Hambrücken, Rheinsheim, Untertrombach, Dbrigheim
Rosbach	Schweinepest:
	Gemeinden:
Amtsbezirke:	Leibstadt, Schlierstadt
Adelsheim	Seidelberg, Seidelberg-Hand-
Bretten	schußheim, Altenbach
Seidelberg	Mannheim-Käfertal, Seidenheim
Mannheim	Dettingen
Wertheim	Milzbrand:
	Gemeinden:
Amtsbezirke:	Schuttern
Lahr	Schnellingen
Wolfsch	

Badisches Statistisches Landesamt.



Kaufen Sie solche 50 Rpf.-Lose bitte bei:  
Lotteriebank Götz, Kaufhaus Schneyer, Warenhaus Knopf, Zigarrengeschäft Maier, Ludwig-Wilhelm-Straße 20 und der Lotteriegeschäftsstelle Stephaniensstr. 92

## Lebensbedürfnisverein

Soeben eingetroffen:

<b>Große frische Italiener-Eier</b> . . . . .	Stück	<b>11 Rpf.</b>
<b>Tagesfrische Trinkeier</b> . . . . .	Stück	<b>13 Rpf.</b>
<b>Süße Blondorangen</b> . . . . .	Pfund	<b>18 Rpf.</b>
<b>Halbblutorangen, saftig</b> . . . . .	Pfund	<b>20 Rpf.</b>
<b>Neues Mischobst, Ia. Qualität</b> . . . . .	Pfund	<b>70 Rpf.</b>
<b>Amerikanische Dampfäpfel</b> . . . . .	Pfund	<b>92 Rpf.</b>
<b>Feinste rote Tafeläpfel</b> . . . . .	Pfund	<b>50 Rpf.</b>
<b>Bananen</b> . . . . .	Pfund	<b>40 Rpf.</b>

### Erstklassige Konserven:

<b>Jge. Schnittbohnen, Ia. Fabrikat</b> 1/1 Dose	<b>54 Rpf.</b>
<b>Junge Bohnen</b> " 1/1 Dose	<b>58 Rpf.</b>
<b>Junge Erbsen</b> " 1/1 Dose	<b>62 Rpf.</b>
<b>Gemüse-Erbsen</b> " 1/1 Dose	<b>54 Rpf.</b>
<b>Geschnittene Karotten</b> " 1/1 Dose	<b>40 Rpf.</b>
<b>Leipziger Allerlei</b> " 1/1 Dose	<b>82 Rpf.</b>

1/2 Dose entsprechend billiger 19

Abgabe nur an Mitglieder!

## „FRIEDRICHSHOF“

Samstag, 7. März, abends 8 Uhr, in sämtlich. unteren Räumen

### Großes Bockbier-Fest

Harmonie-Kapelle • Schrammel-Orchester • Bellemer Heiner

Ausschank: Sinner Bock- und hell Exportbier  
Eintritt frei! Erstklassige Wiener Küche

Sonntag, 8. März, ab 6 Uhr abends: **FAMILIEN-KONZERT**

**Schotterlieferung und Befuhr.**  
Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe vergibt die Lieferung und Befuhr von Porphyry, Kalk- und Sandsteinschotter, sowie Guss- und Feinkies zum Teeren für die Unterhaltung der Kreisstraßen und Wege im Bauamtsbezirk Karlsruhe für das Jahr 1931. Angebote, mozu Vorzüge von den Straßenbauameistern und vom Bauamt bezogen werden können, sind bis Montag, den 16. März 1931, vorm. 10 Uhr, mit entsprechender Aufschrift versehen, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. N. 329

**N. 330. Bruchsal.** über das Vermögen des Händlers Anton Kernberger in Bruchsal wurde heute nachmittags 4 Uhr Konkurs eröffnet, nachdem das Vergleichsverfahren gemäß § 79 Ziffer 8 Vergleichsordnung eingestellt worden ist. Konkursverwalter ist: Rechtsanwalt Schmitt in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1931 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Mittwoch, den 8. April 1931, nachmittags 3 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, I. Stock, Zimmer Nr. 8. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Befehl der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis zum 1. April 1931 anzugehen. Bruchsal, den 4. März 1931. Amtsgericht IV.

**N. 331. Bruchsal.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Andreas Sauer, Zigarrenfabrik in Bruchsal ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Er-

hebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke — und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters, Schlusstermin und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen besonderer Prüfungstermin bestimmt auf: Mittwoch, den 15. April 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, I. Stock, Zimmer Nr. 1. Bruchsal, den 3. März 1931. Amtsgericht IV. Die Geschäftsstelle.

**Offenburg, N. 332**  
Bereinsregisteramt N. 1  
E. 473: Elisabethenverein  
Durbach, Offenburg, den 4. März 1931.  
Bad. Amtsgericht III.

**Badisches Landestheater**  
Samstag, den 7. März 1931  
\* B 18. Th.-Gem. 601—900  
Sturm im Wasserglas  
Komödie von Bruno Franf

Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Brettram, Nisoff, Mademacher, Seiling, Graf, Gera, Höfer, Gelpach, Mehle, Rehner, Müller, Brüder, Schulze, v. d. Trend, S. Kienischer  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Freije A (0,70—5,00 RM)  
So. 8.3. Der Rosenkavalier.  
Im Konzerthaus: Das Konto X.

## Bezirkspartasse Rheinfelden (Baden)

(Öffentliche Verbandsparkasse)

### Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand . . . . .	6 600,89	Spareinlagen . . . . .	1 887 786,89
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassenamt . . . . .	102 684,63	Aufwertungs-spareinlagen . . . . .	97 774,03
Bertpapiere . . . . .	70 010,—	Giro- und Kontoforrenten . . . . .	498 263,86
Wechsel . . . . .	134 087,78	Anlehens- und andere Schulden . . . . .	43 100,—
Darlehen auf Hypotheken . . . . .	1 420 707,60	Rücklagen:	
Darlehen in I. d. Rechnung an Private . . . . .	636 729,16	a) gesetzl. Res.-Fonds . . . . .	168 755,14
Darlehen auf Schuldchein . . . . .	79 085,—	b) Sonderrücklage . . . . .	34 204,34
Darlehen an Gemeinden . . . . .	227 571,—	Reingewinn v. Jahre 1930 . . . . .	34 040,52
Aufwertungs-forderungen . . . . .	67 476,35		
Einnahmerückstände . . . . .	18 970,37		
Grundstücke und Gebäude . . . . .	1,—		
Gerätschaften . . . . .	1,—		
	<b>2 763 924,78</b>		<b>2 763 924,78</b>

### Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 2 386 050,75 RM . . . . . = 190 884,06 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . . . = 200 010,— RM  
Somit mehr . . . . . = 9 115,94 RM

Rheinfelden/Baden, den 2. März 1931. N. 324

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: E. Walz, Bürgermeister.  
Der Geschäftsleiter: Senger.

Drud G. Braun, Karlsruhe.